

Kassel, 22.08.2007

**Beschlussempfehlung  
an die Stadtverordnetenversammlung**

**Erster Nachtrag zur Verwaltungsvereinbarung mit der  
Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck - Personal- und  
Organisationsamt -**

Vorlage des Magistrats

- 101.16.619 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Doose

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

"Dem Abschluss eines Ersten Nachtrages zur Verwaltungsvereinbarung mit der Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck wird zugestimmt.

Die Verwaltungsvereinbarung zur Berechnung und Zahlung der Versorgungsbezüge für die Versorgungsempfänger/innen der Stadt Kassel sowie der Beihilfe in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen für alle Bediensteten und Versorgungs- sowie Rentenempfänger/innen der Stadt zwischen der Stadt Kassel und der Beamtenversorgungskasse Kurhessen (jetzt: Kommunale Versorgungskassen Kurhessen-Waldeck) vom 09.05.1994/01.06.1994 wird um die Regelungen zur Durchführung der Anerkennungsverfahren von Sanatoriumsbehandlungen (§ 7 Abs. 2 Nr. 2 Hessische Beihilfeverordnung - HBeihVO), Heilkuren (§ 8 Abs. 3 Nr. 2 HBeihVO) und von ambulanten psychotherapeutischen Behandlungen (Nr. 2.1 der Anlage 1 zu § 6 Abs. 1 Nr. 1 HBeihVO) ergänzt (siehe Anlage).

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 293 vom 02.05.1994 wird dahingehend geändert."

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig  
Ablehnung: --  
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG  
den

## **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Erster Nachtrag zur  
Verwaltungsvereinbarung mit der Beamtenversorgungskasse Kurhessen-  
Waldeck - Personal- und Organisationsamt -, 101.16.619, wird  
**zugestimmt.**

Jürgen Kaiser  
Vorsitzender

Heidi Woelk  
Schriftführerin